

Editorial

Ralf Thomas Baus, Redakteur

Wie sicher ist Deutschland? Kriminalität und Gewalt beunruhigen Bürgerinnen und Bürger. In den Medien wird über No-go-Areas und organisierte Bandenkriminalität berichtet. Innere Sicherheit und die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität waren im Bundestagswahlkampf ein wichtiges Thema.

Das Ergebnis der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017 ist auf den ersten Blick eindeutig: 5,76 Millionen Straftaten sind insgesamt registriert worden. Das ist eine Verringerung um 9,6 Prozent und die niedrigste Zahl seit 1992. Bei Delikten, die das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen, sind signifikante Rückgänge zu verzeichnen. So ist die Zahl der Diebstahlskriminalität insgesamt, auf die etwa ein Drittel aller Straftaten entfällt, um 11,8 Prozent, die der Wohnungseinbrüche um 23 Prozent und die der Taschendiebstähle um 22,7 Prozent zurückgegangen. Auch die politisch motivierte Kriminalität ist um 4,9 Prozent gesunken, mit 39.505 Straftaten jedoch immer noch auf einem hohen Niveau. Die Zahl antisemitischer Straftaten stieg dagegen um 2,5 Prozent auf 1.504 Fälle.

Wie passen diese Zahlen mit dem Gefühl der Verunsicherung in der Bevölkerung zusammen? Laut einer forsia-Umfrage fühlen sich heute 44 Prozent der Deutschen weniger sicher als noch vor wenigen Jahren. Gefühlte und reale Sicherheit klaffen auseinander. Das Unsicherheitsgefühl wird aber auch von der Statistik gestützt. So ist die Gewaltkriminalität zwar leicht rückläufig – um 2,4 Prozent. Dennoch liegt die Zahl der Gewalttaten heute über den Werten der Jahre 2013 bis 2015. Die Fälle von Mord, Totschlag, Vergewaltigungen und sexueller Übergriffe haben zugenommen. Im Jahr 2014 registrierte die Polizei 180.955 Gewalttaten, 2017 waren es 188.946 Fälle.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat festgestellt, dass Deutschland sicherer geworden sei, es zur Entwarnung gleichwohl keinen Anlass gebe und für Bund und Länder noch viel zu tun bleibe. Auch wenn es absolute Sicherheit nicht gibt, darf man sich mit den Ergebnissen der Polizeilichen Kriminalstatistik dennoch nicht zufriedengeben. Im Grunde genommen ist jede Straftat eine zu viel.

Das Thema Kriminalität bleibt auf der politischen Agenda. Öffentlichkeit und Politik müssen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten auf einer sachlichen Grundlage diskutieren.

